

# Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anzeigen und für Anwerter die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Kurt Löffler, Leipzig, Postfach 100. Druck: Kurt Löffler, Leipzig, Postfach 100.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 296

Dienstag, den 21. Dezember 1926

21. Jahrgang

### Die Regierungsbildung vertagt.

Empfänge beim Reichspräsidenten.

Berlin, 18. Dezember. Reichspräsident von Hindenburg hat heute im Laufe des Vormittags nacheinander die Führer aller Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Kommunisten und Volkslisten empfangen, um ihre Meinung über die Lösungsmöglichkeiten der Regierungskrise zu hören. Da sich aus diesen Besprechungen keine Aussicht ergab, die Krise in der allerersten Zeit beizulegen, hat der Reichspräsident die Verhandlungen mit den Parteien bis kurz vor Zusammenkunft des Reichstages, der erst am 19. Januar erfolgen wird, vertagt. Die Regierung Marx wird bis dahin interimsförmig im Amte bleiben.

#### Adenauer als Kanzlerkandidat genannt.

Reichspräsident v. Hindenburg hat im Laufe des Sonnabend-Vormittags zuerst den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abgeordneten Dr. Scholz, empfangen. Dann folgte der stellvertretende Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages, Abgeordneter v. Guérard. Im Lauf des Nachmittags folgten der Führer der Sozialdemokraten, Abgeordneter Hermann Müller-Franke und der Vorsitzende der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, Abgeordneter Graf Westarp. Die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern trugen rein informativen Charakter. Jegliche Entscheidung hat der Reichspräsident noch nicht getroffen. Es ist auch nicht damit zu rechnen, daß vor Anfang der kommenden Woche eine Persönlichkeitsliste mit der Kabinettsbildung betraut wird. Man nimmt jedoch in parlamentarischen Kreisen an, daß der Reichspräsident zuerst den Abgeordneten Dr. Scholz erfragen wird, den Versuch zu machen, ein Kabinett der Mitte zu bilden. Man bezweifelt aber ebenfalls in parlamentarischen Kreisen schon jetzt, daß ein solcher Versuch Erfolg haben wird. Ob dann der Reichspräsident zunächst noch an eine andere parlamentarische Persönlichkeitsliste den Ruf ergehen lassen wird, den Versuch einer Kabinettsbildung zu unternehmen, läßt sich natürlich noch nicht sagen. Wir verzeichnen lediglich die Auffassung gut unterrichteter Kreise, daß der Reichspräsident geneigt scheint, dann eventuell eine Persönlichkeitsliste, die nicht dem Parlament angehört, mit dieser Aufgabe zu betrauen.

#### Vorläufig kein Reichsschulgesetz.

Dresden, 18. Dezember. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß im Hinblick auf die unsicheren Mehrheitsverhältnisse im Reichstag von einer Einbringung des Reichsschulgesetzes an das Kabinett vorläufig Abstand genommen worden ist.

#### Grütte-Lehder widerruft die Beschuldigung gegen die Abgeordneten Wulle und Kube.

Mehrere Blätter veröffentlichten eine Korrespondenzmeldung, wonach der wegen Ermordung des Oberleutnants Müller (Heinz Dammers) zu acht Jahren Gefängnis verurteilte Grütte-Lehder seine gegen die Abgeordneten Wulle und Kube gerichteten Aussagen zurückgenommen habe. Grütte-Lehder hatte die beiden Abgeordneten der Anstiftung zu politischen Attentaten beschuldigt. Oberstaatsanwalt Seibe soll, wie die Korrespondenz berichtet, Grütte-Lehder täglich vernommen haben, und bei diesen Vernehmungen sei Grütte-Lehder zusammengebrochen und habe gestanden, daß seine Beschuldigungen gegen die Abgeordneten aus der Luft gegriffen und nur politische Wichtigkeit gewesen seien.

#### Reißt im Schriftstellerverband.

Der Hauptvorstand des Schreiberverbandes deutscher Schriftsteller hat, wie der „Montag-Morgen“ erfährt, beschlossen, sein Amt niederzulegen. In einer so bald wie möglich einzuberufenden Generalversammlung soll die Neuwahl des gesamten Vorstandes vorgenommen werden. Veranlassung zu diesem Schritt bot der kürzlich von der Berliner Ortsgruppe des Schreiberverbandes angenommene Antrag, den früheren Vorsitzenden, Abg. Deub, wegen seines Eintretens für das Schund- und Schmutzgesetz aus der Organisation auszuschließen.

#### Neue Terrorakte in Oberschlesien.

Rönigschütze, 19. Dez. In Birkenthal bei Schwientochowitz wurde der Arbeiter Kioska von einer Bande kuffständischer Überfallener und schwer misshandelt. Ähnliche Fälle werden aus anderen ostoberschlesischen Ortschaften gemeldet. Der deutsche Klub hat unter Hinweis auf die Zwischenfälle in Semianowitz und den Überfall auf den Hütteninspektor Schweigel und Angehörige seiner Familie bei der Wasserwirtschaftsbehörde eingeleitet und die Angelegenheit dem Reichspräsidenten Calander unterbreitet.

trauen. Der in diesem Zusammenhang genannte frühere Reichsanwalt Dr. Luther, der sich gegenwärtig auf der Rückfahrt von seiner Amerikareise befindet, kommt wohl nicht ernsthaft in Betracht. Es taucht erneut der Name des Röhner Oberbürgermeisters und Präsidenten des preussischen Staatsrates, Dr. Adenauer, auf, der bekanntlich dem Zentrum angehört. Schon im Frühjahr dieses Jahres ließ der Reichspräsident einen Ruf an Dr. Adenauer ergehen. Damals scheiterte dessen Mission.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man weiter an: Wenn das Reichswehrministerium anderweitig Befehl wird, und wenn die Grundlage einer Verständigung in der Arbeitsfrage mit der Sozialdemokratie gefunden würde, so wäre die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vielleicht bereit, ein Kabinett der Mitte zu unterstützen, sobald die leitende Persönlichkeit die nötigen Garantien bietet. Wir verzeichnen diese Erwägungen, für deren Verwirklichung eine feste Grundlage natürlich noch nicht besteht, zumal, wie erwähnt, zunächst der Versuch einer Kabinettsbildung durch Dr. Scholz erfolgen dürfte.

In den Dispositionen Dr. Stresemanns sind keine Veränderungen vorgesehen. Der Reichsaußenminister hielt am Sonntagabend in Hamburg eine große politische Rede, in der er natürlich auch zur gegenwärtigen politischen Situation Stellung nahm. Wie wir hören, hält Stresemann auch an seiner Absicht fest, seine große Auslandreise am 27. Dezember anzutreten.

#### Vierwöchiger Urlaub Stresemanns.

Berlin, 18. Dezember. Wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, war die letzte Amtshandlung des gestürzten Kabinetts Marx die Erteilung eines vierwöchentlichen Urlaubs an den Außenminister Dr. Stresemann. In der Urlaubserteilung war eine besondere Stellvertretung für Stresemann nicht genannt. Die Deutsche Volkspartei ist jedenfalls entschlossen, sich an einer neuen Regierung nur zu beteiligen, wenn ausdrücklich Stresemann als Außenminister übernommen wird.

### Die Sozial-Republikaner gegen das Kabinett Poincaré.

Paris, 19. Dez. Die sozialrepublikanische Partei hat heute ihren Kongress geschlossen. In der Schlußsitzung wurde u. a. eine Tagesordnung angenommen, in der erklärt wird, daß die Annahme von Portefeuilles im Kabinett Poincaré durch Parlamentarier der Linken nur ein rein persönlicher Entschluß des Betreffenden sei. Die sozialrepublikanische Partei könne ihre Mitarbeit in dem gegenwärtigen Ministerium nicht gewähren und stehe nach wie vor zum Kartell der Linken. In einer weiteren Entscheidung wird gefordert, daß die Parlamentarier, auch die nur bei der Partei eingeschriebenen, so z. B. Briand, nach Wiedereintritt der Kammer die notwendigen Schritte unternehmen müssen, die Bildung einer Kammerfraktion durchzusetzen, die nur aus den regelrecht von der Partei erwählten Mitgliedern bestehen soll. Sollte das bis zum 1. März nicht geschehen sein, so würde ein außerordentlicher Parteitag noch vor Ostern sich mit dieser Frage beschäftigen.

#### Unhaltbare Zustände in Elsaß-Lothringen.

Ein parlamentarische Untersuchungskommission gefordert. Paris, 19. Dez. Der elsaßische Abgeordnete Seig hat in der französischen Kammer den Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Prüfung der unhaltbar gewordenen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen eingebracht. In der Begründung des Antrages heißt es, daß die politische Situation in den beiden wiedergewonnenen Provinzen einen Charakter angenommen habe, der nicht nur von nationalen, sondern auch von internationalen Gesichtspunkten im höchsten Grad bedenklich sei. Die Unzufriedenheit habe bereits wenige Wochen nach dem Waffenstillstand begonnen. Dem Entzweiungsmus von damals sei eine schwere Verklüftung gefolgt, die sich seitdem von Jahr zu Jahr verschärft habe und zu ernstester Unruhe Anlass gebe. Den Anstoß dazu hätte vor allem der Wechsel der Verwaltungsmethoden gegeben, die das elsaßische Volk zu fortwährenden, für Frankreich wenig günstigen Vergleichen veranlaßt habe. Heute richte sich der Unmut und die Verbitterung nicht mehr gegen die Verwaltung allein, sondern gegen Frankreich schlechthin. Die Verbitterung sei vom Jahre 1919 habe sich in systematische und grundsätzliche Opposition verwandelt, die dauernde Unruhe angenommen habe.

### Für den Wirtschaftsfrieden!

Gemeinsame Rundgebung der deutschen und französischen Minister.

Paris, 19. Dez. Die „Information Economique et Financière“ gibt heute eine Sondernummer heraus, die sich mit den wirtschaftlichen Beziehungen Frankreichs und Deutschlands beschäftigt, und die nach dem Wortlaut dazu dienen soll, die Wege für eine Verständigung zu ebnen. Der Nummer sind vorangestellt die Worte von Reichsminister des Inneren Dr. Stresemann, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, dem französischen Minister des Inneren Briand und dem französischen Handelsminister Sokolowski.

Dr. Stresemann schreibt: Die französischen und deutschen Wirtschaftskreise in den Stand zu setzen, sich besser kennen zu lernen, erscheint als eine für die Entwicklung des deutsch-französischen Warenaustausches besonders nützliche Aufgabe, vor allem in diesem Augenblick, in dem der Vertrag erörtert wird, der die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern regeln soll. Der Stand der Verhandlungen erweckt die Hoffnung, daß sie bald zum Ziele kommen, und daß das Ziel ein neuer Ansporn für die wirtschaftliche Tätigkeit zwischen Frankreich und Deutschland sein wird.

Briand schreibt: Damit Europa gedeiht, muß zwischen Frankreich und Deutschland der Frieden herrschen, d. h. die Elemente der Intimität müssen verschwinden und die Elemente der Intimität müssen sich entwickeln. Anstatt einen Konkurrenzkampf zu führen, müssen sich die Industrien der beiden Länder verständigen und in gutem Einvernehmen miteinander arbeiten. Es gibt keine bessere Garantie für den Frieden und das Gedeihen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius schreibt nach einem Hinweis auf die Bedeutung der Handelsverträge für den Ausgleich des internationalen Warenaustausches und für die Anpassung der Produktion des einen Landes an die des anderen: Die französische und die deutsche Regierung lassen sich bei den Handelsvertragsverhandlungen von dem Willen leiten, zu einer Lösung zu kommen, die den neuen Bedingungen und den neuen Interessen entspricht.

Handelsminister Sokolowski schreibt: Es wäre paradox, wenn die Nationen, die sich auf allen möglichen Gebieten gegenseitig durchbringen, nicht gewillt sein sollten, aus der wirtschaftlichen Isolierung herauszukommen. Dies haben Deutschland und Frankreich verstanden.

Die Sondernummer enthält außerdem Artikel des Ministerialdirektors Sebouze und Doucheux, der sich für die internationale Wirtschaftskonferenz einsetzt, sowie u. a. Beiträge von Franz v. Wendelssohn, Dr. Fritz Deutsch, Generaldirektor Prof. Wolf und Geheimrat Louis Hagen.

### Das Freigabegesetz im Repräsentantenhaus angenommen.

New York, 19. Dez. Das Repräsentantenhaus hat gestern Abend die sogenannte Freigabebill über die Freigabe des deutschen Eigentums angenommen. Zunächst wurde der Antrag, das Gesetz zur weiteren Beratung an den Ausschuss zurückzuverweisen, mit 181 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Dann nahm das Haus die namentliche Abstimmung vor, die 279 Stimmen für und 88 Stimmen gegen die Annahme der Vorlage ergab. Die Bestimmung, wonach die Regierung für Schiffe, Funktionen und Patente höchstens 100 Millionen Dollar bewilligen wird, wovon die Hälfte den deutschen Besitzern zufallen soll, bleibt bestehen. Das Schicksal des Gesetzes liegt jetzt in Händen des Senats.

### Der Germersheimer Prozeß.

Banda u, 19. Dez. In der heutigen Verhandlung über die Vorgänge in Germersheim war von besonderem Interesse die Aussage des französischen Untersuchungsrichters Brudhomme, der sich kurz vor dem Schuß von ciers in dessen Nähe befunden hat und seine Befehle für den Offizier feststellen konnte. Als er Klauter mit dem Revolver in der Hand sah, hat er ihm wiederholt zugerufen: „Nicht schießen, ich bin hier!“ Weiterhin brachte die Nachprüfung der Aussagen der Voruntersuchung den Beweis, daß der französische Dolmetscher, mit dessen Hilfe das Protokoll zustande gekommen war, die Aussagen derart unzutreffend wiedergegeben hat, daß sie für Klauter entlastend wirken mußten. Sowohl der Angeklagte Focher wie die Zeugin Ottinger haben in der heutigen Sitzung die ihnen zugeschriebenen Aussagen in der Voruntersuchung energisch bestritten. Die Sitzung wurde dann auf Montag hinstellt vertagt.